

## MEHR RECHTE FÜR DEN LANDTAG

Neben sozialen Reformen kämpfte die Arbeiterbewegung von Anfang an für die politische Mitsprache des ganzen Volkes. Die Rechte des Bayerischen Landtags waren laut Verfassung von 1818 beschränkt: Er besaß kein volles Budgetrecht und durfte keine Gesetze erlassen in Bereichen, die die Rechte des Königs berührten. Die Regierung war nicht dem Landtag, sondern nur dem König verantwortlich.



Da stand der gewählten Abgeordnetenkammer eine vom König ernannte Reichsrätekkammer mit Vetorecht gegenüber, die Gesetzesinitiativen verhindern konnte. Bei der Landtagswahl 1893 fordert die SPD daher umfassende Reformen:

- mehr Rechte für die Abgeordnetenkammer
- Abschaffung der Reichsrätekkammer
- allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen
- Vereins- und Versammlungsfreiheit

# DEMOKRATIE I



Der Landtag tagt in Bamberg.

## DIE BAMBERGER VERFASSUNG

Der Umsturz im November 1918 setzte in Bayern die Monarchie ab, ab sofort regierte das Volk. Alle Bürger waren jetzt wahlberechtigt, unabhängig von Steuern oder Besitz. Außerdem durften ebenso wie im Reich ab 1919 auch Frauen wählen und gewählt werden.

Mit der Errichtung der Republik hatte die Arbeiterbewegung ihr wichtigstes Ziel erreicht. Die Bamberger Verfassung regelte die Umwandlung Bayerns in eine parlamentarische, repräsentative Demokratie. Obwohl die Mehrheitssozialdemokratie unter dem Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann Kompromisse mit der Bayerischen Volkspartei machen musste, konnte sie viele ihrer Ziele durchsetzen:

- Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Landtag
- Auflösung des Landtags nur durch Volksabstimmung
- Einkammer-System
- Verhältniswahlrecht statt Mehrheitswahlrecht
- Wahlrecht ab 20 Jahren
- Volksbegehren und Volksentscheid als Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger

## WAHLRECHT FÜR ALLE

Als ein Ergebnis der bürgerlichen Revolution war im Juni 1848 ein neues Landtagswahlgesetz für Bayern erlassen worden, das den Kreis der Wahlberechtigten ausweitete. Da das Wahlrecht aber weiter an die Zahlung von direkten Steuern gebunden war, blieben Arbeiter von politischer Mitsprache ausgeschlossen. Dieses sogenannte Zensuswahlrecht galt in Bayern auch nach der Reichsgründung von 1871 weiter.

Auf Reichsebene galt hingegen ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle Männer, unabhängig von ihrem Besitz. 1890 durften in Bayern nur 17 % der Bevölkerung bei Landtagswahlen abstimmen, deutlich weniger als bei den Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie kämpfte daher für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen.



SPD-Parteiung in München



Wilhelm Hoegner und Waldemar von Koenigstein in Kocbel

## DIE BAYERISCHE VERFASSUNG VON 1946

Die Verfassung des Freistaats Bayern, die per Volksentscheid am 1. Dezember 1946 angenommen wurde, trägt die Handschrift von Wilhelm Hoegner. Der sozialdemokratische Ministerpräsident hatte Entwürfe aus seinem Schweizer Exil mitgebracht, die als Vorlage für die Verfassungsdiskussion dienten.

Aufgrund seiner Erfahrungen mit der Schweizer Demokratie verankerte Hoegner Elemente der direkten Demokratie in der Bayerischen Verfassung. Hoegner musste jedoch in manchen Punkten Kompromisse mit der eigenen und den anderen Parteien eingehen. So wollte er das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten schaffen und lehnte die Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer – des Senats – ab, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.



## VOLKSBEGEHREN UND VOLKSENTSCHEID

Die bayerische Verfassung kennt das Volksbegehren und den Volksentscheid. Die Bürger in Bayern haben damit mehr Mitsprachemöglichkeiten als in anderen Bundesländern. So kann auch die Verfassung selbst nur durch einen Volksentscheid geändert werden. Angesichts der großen Mehrheiten für die CSU seit den 1960er Jahren hatte die bayerische SPD wenig Möglichkeiten, ihre politischen Vorstellungen im Parlament durchzusetzen. Sie begann das Instrument des Volksbegehrens für die politische Auseinandersetzung zu nutzen. Damit konnte sie außerhalb des Parlaments für ihre Politik werben und sich Gehör verschaffen. In mehreren Volksbegehren gelang es ihr, große Kreise der bayerischen Bevölkerung zu mobilisieren.